



Pressestelle, Ansprechpartner: Marcel Roßmann, Rathausplatz 1, 67454 Haßloch

Offener Brief des Bürgermeisters an Staatsministerin Katharina Binz - Unterbringung von Geflüchteten

Haßloch, den 14.06.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bürgermeister Tobias Meyer wendet sich in einem weiteren, diesmal offenen Brief an Staatsministerin Katharina Binz. Hintergrund sind die anhaltenden Schwierigkeiten bei der Schaffung und Bereitstellung von Wohnraum für die Unterbringung geflüchteter Menschen. In Haßloch leben derzeit 234 Personen mit Fluchthintergrund – aufgeteilt auf 40 Wohnobjekte an 29 Standorten. Hinzu kommt die Gemeinschaftsunterkunft in der Gottlieb-Duttenhöfer-Straße. Wie zahlreiche andere Kommunen stößt Haßloch an seine Kapazitätsgrenzen.

Mit dem Landkreis als verlässlicher Ansprechpartner, der die dem Kreis zugewiesenen Flüchtlinge auf die Kommunen verteilt, sei es in der Vergangenheit aber gelungen, stets alle ankommenden Menschen unterzubringen. Gleichzeitig pocht aber auch der Kreis auf die Schaffung von Wohnraum, da weiterhin mit vermehrten Zuweisungen zu rechnen sei. Vom Land fehle hierbei die oft zitierte Unterstützung, auf die sich Bürgermeister Tobias Meyer in seinem Schreiben an Staatsministerin Binz bezieht. Er fordert die Ministerin auf, sich des Themas anzunehmen und stärker als bisher die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Kommunen in den Blick zu nehmen.

Anbei erhalten Sie das Schreiben des Bürgermeisters an Staatsministerin Katharina Binz.

Mit den besten Grüßen

Marcel Roßmann
Pressestelle Haßloch
Tel.: 06324-935 377

Gemeinde Haßloch

Der Bürgermeister



Bürgermeister Tobias Meyer, Rathausplatz 1, 67454 Haßloch

Frau Staatsministerin
Katharina Binz
Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und
Integration des Landes Rheinland-Pfalz
Kaiser-Friedrich Straße 5 A
55116 Mainz

Haßloch, 12.06.2023

Sehr geehrte Frau Ministerin Binz,

bereits vor einigen Wochen hatte ich mich in einem Schreiben an Sie gewandt und Sie um Unterstützung gebeten, wie dies von Ihnen im Rahmen eines Wortbeitrags am 2. März (Protokoll der 40. Plenarsitzung; S. 144) in einer Landtagsplenarsitzung für die Kommunen angeboten wurde. Bisher hat mich, trotz mehrmaliger Nachfrage in Ihrem Büro, keine Antwort Ihrerseits erreicht. Ich bedauere das sehr.

Ich muss daher davon ausgehen, dass - wenn über sechs Wochen die Möglichkeit zu einer Beantwortung seitens Ihres Hauses nicht besteht - mein Hilfeersuchen nicht priorisiert bearbeitet wird. Bei allem Verständnis für die Verpflichtungen und Notwendigkeiten, die diese verantwortungsvolle Aufgabe mit sich bringt, stelle ich nunmehr fest, dass Ihrem Hilfsangebot keine konkreten Taten folgen.

Die Situation in der verbandsfreien Gemeinde Haßloch, für die ich als Bürgermeister Verantwortung trage, ist beunruhigend: Wegen einer massiven Verknappung der Wohnkapazitäten erwägt der Haßlocher Gemeinderat nunmehr die Beschaffung von Systembauelementen zur Deckung der durch den Königssteiner Schlüssel prognostizierten Anzahl unterzubringender Flüchtlinge, die im Laufe der nächsten Monate auf unsere Kommune zugeteilt werden sollen. Die zuständige Kreisverwaltung Bad Dürkheim erweist sich hierbei als verlässlicher Gesprächspartner, der uns bislang nach Kräften bei unseren Bemühungen unterstützt und auf unsere Möglichkeiten Rücksicht nimmt.

Unsere Bauverwaltung muss aufgrund dieser Entwicklungen für die Infrastruktur wichtige Projekte wie den Neubau zweier neuer Kindertagesstätten, bedingt u.a. durch die Anforderungen der neuen Kita-Gesetzgebung, zurückstellen und sich vorrangig mit der Erstellung und Planung von Standorten für Unterkünfte in Systembauweise befassen. Alternativ wurde die Schließung einer kommunalen Schulturnhalle erwogen (und wieder verworfen), weil dies bei den ohnehin durch die COVID-19-Pandemie benachteiligten Grundschulern zum Ausfall des Schulsports geführt hätte. Beides ist kontraproduktiv und erhöht das Unverständnis in der Bevölkerung für das politische Handeln der Regierung in der Flüchtlingsfrage.

Die finanziellen Mittel, die das Land den Kommunen zur Bewältigung dieser Aufgaben zur Verfügung bzw. in Aussicht stellt, reichen bei weitem nicht aus um die notwendigen Investitionen zu tätigen.

Aus der Bevölkerung erreichen mich im Rahmen meiner Bürgergespräche und über den Gemeinderat vermehrt Anfragen, deren Grundlage das Unverständnis über die unklare, aus der Sicht vieler Bürger zu inkonsequente Rückführungspraxis des Landes Rheinland-Pfalz im Falle ausreisepflichtiger Asylbewerber ist. Im Gemeinderat wird dieser Umstand durch Fraktionen genutzt, um auch die Kommunen für die bestehende Situation verantwortlich zu machen und den Eindruck zu vermitteln, man handle vor Ort nicht: Ein unrichtiger, aber folgerichtiger Gedankengang, denn durch die gesetzlichen Vorgaben sind den Kommunen vor Ort oftmals die Hände gebunden, beispielsweise bei der Notwendigkeit einer europaweiten Ausschreibung und einer Baugenehmigung für die Errichtung von Unterkünften in Systembauweise, die eine Vorlaufzeit von nahezu einem Jahr in Anspruch nehmen. Beim Bürger entsteht der Eindruck, die politisch Verantwortlichen sähen tatenlos zu. Meine Ausführungen hierzu sind beispielhaft und könnten detailliert ergänzt und fortgeführt werden.

Ich möchte Sie daher dringend bitten, sich des Themas anzunehmen und stärker als bisher die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Kommunen in den Blick zu nehmen. Bitte setzen Sie sich zudem für die Überprüfung der gesetzlichen Regelungen, u.a. hinsichtlich der Verpflichtung zur europaweiten Ausschreibung bei Unterkunftsbeschaffungen, ein.

Ich erlaube mir dieses Schreiben an Sie der Ministerpräsidentin sowie der Kreisverwaltung Bad Dürkheim (Landrat und Dezernent), den Vorsitzenden der im Landtag vertretenen Fraktionen, den heimischen Landtagsabgeordneten sowie der Presse zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Tobias Meyer
Bürgermeister